



Themenreihe

# Umweltpolitik 1998 bis 2005 Eine Bilanz

6  
Juli 2005

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)





## Unsere Erfolge im Überblick

Nationale Nachhaltigkeitsstrategie	5
Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	6
Die globale Aufgabe: Klimaschutz	8
Erfolgsgeschichte Luftreinhaltung	9
Mobilität muss nicht im Abgasnebel enden	10
Gesund durch eine gesunde Umwelt	11
Vermeiden – Verwerten – Beseitigen: Nachhaltige Abfallpolitik	13
Modernes Umweltrecht	15
Energiepolitik der SPD-Bundestagsfraktion: effizient, innovativ, erneuerbar	16
Atomkraft ist nicht zukunftsfähig	18



# Einführung

Unsere Umweltschutzpolitik stellt die Menschen in den Mittelpunkt. Umweltpolitik darf nicht nur zur Sicherstellung von industriellen Ressourcen begriffen werden, sondern als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung. Arbeit, Soziales und Umwelt sind die drei gleichberechtigten Säulen für eine nachhaltige Entwicklung, der wir uns verpflichtet fühlen.

Die Herausforderungen durch die Globalisierung stellen auch die Umweltpolitik vor neue Aufgaben. Es müssen nicht nur die erreichten Errungenschaften verteidigt, sondern auch die noch zu wenig oder gar nicht beachteten Defizite benannt und gelöst werden. Im Brundtland-Bericht wird unsere Erde als »überbevölkert, verschmutzt und störanfällig« beschrieben. Daher ist eine neue Qualität von Wachstum notwendig, denn pfleglicher und schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist nicht nur ökologisch zukunftsfähig, sondern auch wirtschaftlich ertragreich. Hierzu zählt insbesondere die Erschließung von Effizienzpotenzialen im Bereich Energie und Materialströmen.

Der Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen wie Natur, Böden, sauberes Wasser und Luft bleibt im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik. Unsere Vorstellungen, wie ökologische Modernisierung und Innovationen gemeinsam auf Kurs in die Zukunft gehen können, hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Umwelt-Agenda 2010 vom Mai 2004 dargestellt.

Die Instrumente zur Erreichung unserer Ziele werden wir den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Neben dem klassischen Ordnungsrecht sind klare Spielregeln für freiwillige Maßnahmen denkbar. Das Steuer- und Abgabenrecht steht als Regelungsmöglichkeit ebenfalls zur Verfügung.

Wichtige Herausforderung für die Zukunft bleibt der Schutz der menschlichen Gesundheit, insbesondere von Kindern. Umweltbedingte Belastungen fügen der Gesundheit häufig Schäden zu, die schleichend sind und deren Ursachen nicht direkt und sofort erkannt werden. Erste Erfolge hat die rot-grüne Regierungskoalition mit der Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch mit einer erfolgreichen Luftreinhaltung und der Vorsorge gegen gesundheitliche Belastungen durch Chemie, Lärm und Strahlung, dem Schutz des nationalen Naturerbes, einer modernen Abfallpolitik und einer auch international anerkannten Klimaschutzpolitik erreicht.

Der Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre steigt weiter in Besorgnis erregendem Ausmaß. Eine international koordinierte und entschlossene Klimaschutzpolitik ist die große Zukunftsaufgabe für die Völkergemeinschaft. Dafür brauchen die Entwicklungs- und Schwellenländer dringend das Signal, dass die Industrieländer ihre Verantwortung ernst nehmen und handeln. Aus der Wissenschaft und der europäischen Politik kommen Signale, dass in den Industriestaaten eine Verringerung der Emissionen um 60–80 % bis zum Jahr 2050 notwendig ist, wenn der Klimawandel ökonomisch, sozial und ökologisch beherrschbar bleiben soll. Die SPD-Bundestagsfraktion will die deutschen Klimaschutzanstrengungen an diesem Ziel ausrichten.

# Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

- >> Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2002 verabschiedet: Die Darstellung des Leitbildes anhand der Begriffe Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung rückt das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung in die Mitte der Gesellschaft. Klare und langfristige Ziele und Indikatoren wie z. B. die Senkung des Flächenverbrauchs auf 30 ha/Tag bis 2020, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2010 auf 12,5 % und die Senkung des Stickstoffeintrags auf landwirtschaftliche Flächen bis 2010 auf 80 kg/ha machen die Entwicklung überprüfbar und fassbar.
- >> Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung von 2004 bilanziert den Umsetzungsstand in den Haupthandlungsfeldern und bei den 21 Zielen und Indikatoren und stellt die Weiterentwicklung der Strategie und ihre Konkretisierung dar.
- >> Ebenfalls 2004 nahm der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung seine Arbeit auf. Damit bringt das Parlament seine aktive Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte zum Ausdruck.

# Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

- >> Mit der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes werden erstmals verbindliche naturschutzfachliche Regeln für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft aufgestellt, die Verpflichtung zur flächendeckenden Landschaftspflege aufgenommen und als wichtiges Instrument die Verbandsklage auf Bundesebene eingeführt. Außerdem soll ein großflächiges Biotopverbundsystem auf mindestens 10 Prozent der Landesfläche geschaffen werden.

Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz sind wichtige Impulse für einen neuen Umgang mit der Natur gesetzt worden. Insbesondere der Schutz der Natur »aufgrund ihres eigenen Wertes« und die Möglichkeit, sie sich selbst entwickeln zu lassen, zeigt von einem veränderten Naturschutzverständnis, das nicht mehr nur ausschließlich auf Nutzung beruht.

- >> Das nationale Naturerbe wurde bewahrt: Mehr als 30.000 Hektar schützenswerte Flächen wurden vom Bund kostenlos an die Länder, Stiftungen oder Naturschutzverbände abgegeben. 13 Prozent der Landesfläche und 31 Prozent der deutschen Meeresanteile an der ausschließlichen Wirtschaftszone (12 bis 200 Seemeilenzone) wurden als NATURA 2000-Gebiete an die Europäische Kommission gemeldet. Dadurch genießen z.B. Schweinswale, Kegelrobben, Seehunde sowie Seetaucher und Meeresenten besonderen Schutz.
- >> Wir haben die Wasserrahmenrichtlinie zügig umgesetzt und darin die gute ökologische Wasserqualität sowie die Bewirtschaftung der Flusseinzugsgebiete in ihrer Gesamtheit festgeschrieben. Außerdem haben wir die Voraussetzung für den flächendeckenden Grundwasserschutz verbessert.
- >> Das Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes ist eine Reaktion auf das extreme Hochwasserereignis an der Elbe im Jahr 2002. Es sieht Maßnahmen zur Verhinderung oder Verminderung der Schäden vor und regelt daher den Erhalt natürlicher Gewässer und Rückhalteflächen sowie die Erhaltung und Wiederherstellung von Auen als natürliche Überschwemmungsgebiete. Weiterhin ermöglicht es den Ländern, Vollzugs- und Regelungsdefizite abzubauen.

- >> Das letzte freifließende Donaustück in Deutschland zwischen Straubing und Vilshofen wird seinen ursprünglichen und naturnahen Charakter behalten. Der Ausbau für eine bessere Schiffbarkeit wird ohne Staustufen naturverträglich erfolgen.
- >> Die Ober- und Mittelelbe werden nicht ausgebaut; in der Saale werden keine Staustufen gebaut.
- >> Wir haben klargestellt: Mit uns ist die Liberalisierung der Wasserwirtschaft nicht zu machen. Die Wasserversorgung ist eine Kernaufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

# Die globale Aufgabe: Klimaschutz

- >> Im Februar 2005 ist das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten. Das ist ein wichtiger Schritt für die Fortsetzung des Kyoto-Prozesses, weil es nur mit neuen, anspruchsvollen mittel- und langfristigen Zielen eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik geben kann. Bereits 2002 haben wir innerhalb der Koalition vereinbart, dass Deutschland eine Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 40 Prozent anstreben wird, wenn Europa die Messlatte auf 30 Prozent legt.
- >> Das deutsche Klimaschutzziel, bis 2012 innerhalb des europäischen Verbundes die Emission von Treibhausgasen um 21 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern, liegt greifbar vor uns. Wir sind nur noch zwei Prozent von diesem Ziel entfernt.
- >> Mit dem Emissionshandel und der Durchführung von Klimaschutz-Projekten haben wir marktwirtschaftliche Instrumente eingeführt, die die sichere Reduktion des Ausstoßes von Kohlendioxid mit den geringsten Kosten verbinden. So lassen sich die Minderungsverpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll für die betroffenen Wirtschaftszweige am verträglichsten erreichen.
- >> Die Fortschreibung des Nationalen Klimaschutzprogramms liegt vor. Es wird dafür sorgen, dass besonders in den Bereichen Verkehr und private Haushalte/Wohnen die Anstrengungen zur Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes erhöht werden. Im Rahmen des KfW-Programms zur CO<sub>2</sub>-Minderung wurden von 1996 bis 2004 insgesamt 56,8 Mio. m<sup>2</sup> oder 685 000 Wohneinheiten durch zinsgünstige Darlehen saniert. Dieses Programm wurde zunächst mit Bundesmitteln (500 Mio. Euro) begonnen und dann mit Eigenmitteln der KfW-Förderbank fortgeführt. Für das bundesweite KfW-Wohnraum-Moderanisierungsprogramm 2003 stellte bis Ende 2004 der Bund 260 Mio. Euro zur Verfügung. Seit 2005 wurden beide Programme in ähnlicher Form von der KfW-Förderbank mit Unterstützung der Bundesregierung neu aufgelegt.
- >> Wir haben uns in etlichen Initiativen dafür eingesetzt, dass der rasant ansteigende Luftverkehr an den Klimaschutz-Anstrengungen beteiligt wird. Nach der Einführung von lärmbezogenen Start- und Landegebühren fordern wir seit 2001 die Einführung von Kerosinsteuern oder eine vergleichbare flugstreckenbezogene Emissionsabgabe. Innerhalb der EU konnte sich diese Forderung inzwischen etablieren.

# Erfolgsgeschichte Luftreinhaltung

- >> Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Umsetzung der uns von der EU-Ebene zur Umsetzung überlassenen Luftreinhalteregulungen konsequent und ohne Verzug vorangetrieben. Das bedeutete meist die Einführung oder Absenkung von Grenzwerten und Zielwerten für eine Reihe von Luftschadstoffen. So konnten z. B. die Kohlenmonoxidemissionen (CO) um 60 %, die Stickoxidemissionen (NOX) um 40 % und die Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) um 80 % gegenüber 1990 verringert werden.
- >> Das Bundesimmissionsschutzgesetz und eine Reihe von Verordnungen wurden geändert bzw. hinzugefügt: Modernisierung der Vorgaben für den Bau und Betrieb von Großfeuerungsanlagen, Abfallverbrennungsanlagen und von mobilen Maschinen und Geräten, von Bahn- und Binnenschiffsmotoren, Einführung von Zielwerten und Absenkung der Alarmschwelle für die Ozonkonzentration und langfristige Zielwerte für nationale Emissionshöchstwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide, flüchtige organische Lösungsmittel und Ammoniak.
- >> Das Sofortprogramm zur Verminderung der Ozonbelastung umfasst 17 Einzelmaßnahmen, insbesondere im Verkehr und in der Lösemittelverwendung mit dem Ziel, die Emission von ozonbildenden Stoffen (NOX und VOC) zu senken. Mit der 31. BImSchV wird die Emission von flüchtigen organischen Verbindungen, die als Vorläufersubstanzen für den Sommersmog gelten, weiter gesenkt werden.
- >> Die Novelle der TA Luft konkretisiert die Anforderungen zur Anlagengenehmigung und nimmt für Staub und Benzol Immissionswerte auf.
- >> Nachdem sich herausgestellt hat, dass die verschärften Grenzwerte für Feinstaub durch eine zu hohe Grundbelastung in Europa schwer einzuhalten sind und die Spitzenbelastungen besonders an viel befahrenen Straßen eindeutig auf den Verkehr zurückzuführen sind, muss sich ein Großteil der Maßnahmen auf den Verkehr richten. Aufgrund der Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung ein Förderprogramm für partikelarme neue und nachgerüstete Diesel-Pkw beschlossen. Es liegt jetzt in der Entscheidungsverantwortung des Bundesrates, dieses Programm in Kraft treten zu lassen.

## Mobilität muss nicht im Abgasnebel enden

- >> Die SPD-Bundestagsfraktion vertritt das Prinzip der Förderung umweltfreundlicher Mobilität und der Verteuerung umwelt- und klimabelastenden Verkehrs. Das hat sich gelohnt: Weniger Benzinverbrauch bei immer besseren Motortechniken, das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel und die Ökosteuer haben eine Trendwende beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß bewirkt. Der Kraftstoffabsatz ist seit 2000 rückläufig, obwohl sich die Pkw-Dichte erhöht hat und die Menschen mehr fahren.
- >> Die SPD-Bundestagsfraktion treibt die Verbesserung und sparsamere Nutzung von Kraftstoff voran. Durch die steuerliche Begünstigung von schwefelfreiem Kraftstoff ist an den Tankstellen inzwischen flächendeckend »schwefelfrei« angesagt. Dadurch wird der Kraftstoffverbrauch weiter sinken, die Katalysatoren besser wirken und somit weniger Schadstoffe in die Umwelt gelangen.
- >> Die SPD-Bundestagsfraktion will unsere Abhängigkeit vom Öl verringern. Seit Anfang 2004 sind Biotreibstoffe und ihre Beimischung zu fossilen Kraftstoffen von der Mineralölsteuer befreit. Biodiesel darf bis zu 5 % dem herkömmlichen Diesel beigemischt werden. Die Mineralölsteuerbegünstigung für Erdgas ist bis 2020 verlängert.
- >> Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion will die EU-Kommission die Abgasgrenzwerte für Pkw mit der EURO-V-Norm weiter absenken und dem Stand der Technik anpassen. Sie hat außerdem zugesagt, einen Vorschlag für neue Lkw-Abgasstandards für Partikel und Stickoxide vorzulegen. Das wird ein großer Fortschritt für bessere und saubere Luft sein.

# Gesund durch eine gesunde Umwelt

- >> Wir haben ein Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit aufgelegt. Damit sollen schleichende umweltbedingte Belastungen reduziert werden. Insbesondere für Problembereiche wie die Innenraumluft, Lärm, Ruß und Chemikalien haben wir in dem Aktionsprogramm Qualitätsziele festgelegt. Wir legen den Schwerpunkt auf Vorsorge, Prävention und Kindergesundheit.
- >> Unerträglich laut sind für viele Menschen heute der Verkehr und die Belastung durch Flugzeuge. Passive Schallschutzmaßnahmen an Bahnstrecken und Straßen haben schon für Linderung gesorgt, jährlich stehen seit 1999 bis auf weiteres rund 51 Millionen Euro für Maßnahmen an Schienen zur Verfügung.
- >> Der Lärm an großen Straßen, Eisenbahnstrecken und Flughäfen wird zukünftig in Lärmkarten aufgezeichnet und beobachtet. Bei zu hohen Belastungen werden Maßnahmenpläne für eine erträgliche Geräuschkulisse sorgen. Für Maschinen und Geräte wie Rasenmäher und Baufahrzeuge gelten künftig neue Geräuschgrenzwerte und sie dürfen in Wohn-, Kur- und Klinikgebieten nur noch zu bestimmten Zeiten betrieben werden.
- >> Für ein neues Fluglärmschutzgesetz mit strengeren Lärmgrenzwerten in Schutzzonen für den Tag und nun auch für die Nacht liegt der Beschluss des Bundeskabinetts vor. Bei Überschreitung der Grenzwerte haben die lärmgeplagten Menschen Anspruch auf Schallschutz für Wohngebäude. Durch Vorgaben für eine vorausschauende Siedlungsplanung mit Bauverbots- und Baubeschränkungen sollen Konflikte zwischen lauten Flugplätzen und Anwohnern vermieden werden.
- >> Zentrale Festlegungen im Vorsorgeprogramm zu Mobilfunk sind die Beibehaltung der bestehenden Grenzwerte in der 26. BImSchV, die Verstärkung der Forschung und ein Monitoring zur Messung von Mobilfunkstrahlung. Die Mobilfunkbetreiber haben ihre Kommunikation mit den Kommunen erheblich verbessert, sind offener für Alternativstandorte und beteiligen sich mit 8,5 Mio. Euro an der Forschung, sodass zusammen mit den Mitteln aus drei Ministerien 29 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

- >> Wir haben zum EU-Verordnungsvorschlag für eine zukünftige europäische Chemikalienpolitik einen umfangreichen Forderungskatalog aufgestellt. Mit dem neuen System sollen zukünftig die Risiken im Umgang mit Chemikalien und deren Produktion bewertet und gemeldet werden. Die Informationen über ihre Stoffe und den Beweis für einen sicheren Umgang mit ihnen müssen die Unternehmen liefern.
- >> Wir haben ein neues Biozidgesetz verabschiedet, das z.B. für Holzschutz- oder Insektenvertilgungsmittel eine Zulassung vorschreibt.
- >> Im Rahmen der Chemikalienverbotsverordnung wurde für eine lange Reihe von gefährlichen Stoffen und Produkten wie z. B. Farben und Lacke mit organischen Lösungsmitteln, bestimmte Flammenschutzmittel, kurzkettige Chlorparaffine, Weichmacher, TBT, Arsen, Kreosot, Hexachlorethan, Nonylphenol, keramische Mineralfasern oder Zement Beschränkungen erlassen. Damit dürfen diese Stoffe in vielen Produkten, mit denen Verbraucher in Berührung kommen, nicht mehr verwendet werden.
- >> Im Mai 2004 ist das POPs-Übereinkommen in Kraft getreten. Deutschland hat es bereits im April 2002 ratifiziert. Bei den »POPs« handelt es sich um zwölf besonders giftige Pestizide und Industriechemikalien, deren Produktion und Verwendung weltweit verboten werden soll bzw. z. T. schon ist.

## Vermeiden – Verwerten – Beseitigen: Nachhaltige Abfallpolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Produktverantwortung als Kernbereich einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft weiter konkretisiert.

- >> Wir haben die Verpackungsverordnung geändert, damit die nachhaltige Verpackungsart Mehrweg eine Chance auf dem Markt behält. Wir haben die Pfandpflicht durchgesetzt und die Umsetzung vereinfacht.
- >> Jährlich werden 3,7 Millionen Pkw in Deutschland stillgelegt. Nach dem Alt-autogesezt können die Letztbesitzer ihre Fahrzeuge kostenlos an den Hersteller zurückgeben. Dies gilt für alle ab Juli 2002 verkauften Fahrzeuge und ab Juli 2007 für alle dann am Markt befindlichen Fahrzeuge.
- >> Mit dem Elektro- und Elektronikaltgerätegesetz übernehmen auch die Hersteller Verantwortung für ihre Produkte und teilen sich diese erstmals mit den Kommunen: Sammeln und Bereitstellen wird von den Kommunen organisiert und finanziert, Verwertung und Beseitigung von den Herstellern.

Wir haben die Verwertung und Beseitigung klarer beschrieben:

- >> Wir haben die umweltverträgliche Verwertung von Althölzern geregelt. Althölzer werden in Schadstoffklassen eingeteilt und danach richtet sich der Weg in die Verwertung und/oder die Beseitigung.
- >> Wir haben den Vorrang der Aufarbeitung von Altöl zu Basisöl vor anderen Verwertungsverfahren festgelegt und durch ein Vermischungsverbot abgesichert. Der Vorrang der Aufarbeitung wird durch marktwirtschaftliche Instrumente gefördert.
- >> Wir haben die Scheinverwertung bei hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen eingeschränkt. Zum einen wird klarer definiert, wo diese anfallen, und zum anderen wird die Pflicht zum Aufstellen einer grauen Tonne für Beseitigungsabfälle vorgeschrieben. Durch die Deponieverwertungsverordnung wird klar definiert, welche Abfälle auf einer Deponie verwertet werden können.

- >> Mit der Novelle der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung wird die Angleichung der Anforderungen für die Verbrennung von Abfällen in Industrieanlagen oder Müllverbrennungsanlagen weiter vorangetrieben. Damit erhält der Einsatz von Ersatzbrennstoffen (z. B. aufbereiteter Kunststoff in Zementöfen) klarere Regeln.
  
- >> Zum 1. 6. 2005 dürfen nur noch vorbehandelte Abfälle auf klar definierten Deponien abgelagert werden. Wir haben die Behandlungsmöglichkeiten für Abfälle erweitert. Mechanisch-biologische Verfahren erhalten endlich eine Chance.

# Modernes Umweltrecht

- >> Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Transparenz und die Bürgerbeteiligung im Umweltrecht, beispielsweise durch die bundesweite Einführung der Verbandsklage im Naturschutzrecht, wesentlich gestärkt.
- >> Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Vorsorgeaspekt im deutschen Umweltrecht gestärkt. Die Umweltbelastungen eines Vorhabens werden jetzt nicht mehr nur auf Projektebene betrachtet, sondern bereits bei der Planung. Weiterhin wurde der Anwendungsbereich der Umweltverträglichkeitsprüfung ausgeweitet.
- >> Wir fördern das europäische Umweltauditsystem EMAS unter anderem durch Überwachungs erleichterungen für Betriebe, die an dem Umweltaudit teilnehmen.
- >> Mit der Novellierung des Umweltinformationsgesetzes wird der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf freien Zugang zu Umweltinformationen erweitert. Die Stellen der öffentlichen Verwaltung des Bundes sowie bestimmte private Stellen, die öffentliche Aufgaben des Bundes wahrnehmen (z.B. die Deutsche Bundesstiftung Umwelt), sind zur Herausgabe von Umweltinformationen verpflichtet.
- >> Mit der Neufassung des Umweltstatistikgesetzes wird der wachsenden Bedeutung der Umweltpolitik sowie veränderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen. So findet u. a. die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Umweltbereich sowie die Erfassung der Aufwendungen der Wirtschaft in dem integrierten Umweltschutz Berücksichtigung. Mit dem Gesetz wird die Wirtschaft um etwa 10 Prozent von ihren Auskunftspflichten entlastet.

## Energiepolitik der SPD-Bundestagsfraktion: effizient, innovativ, erneuerbar

- >> Auf der Grundlage unserer Energiepolitischen Agenda 2010 haben wir unsere Energiepolitik an den Zielen Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Innovationsfähigkeit ausgerichtet.
- >> Wir haben eine Vielzahl energiewirtschaftlicher Gesetze und Initiativen unter den programmatischen Leitgedanken gestellt: Energieeffizienz stärken und erneuerbare Energien auf dem Weg zur Marktreife und Wettbewerbsfähigkeit fördern.
- >> Mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) haben wir das weltweit effektivste Förderinstrument für regenerative Stromerzeugung geschaffen und mehrfach weiter entwickelt. Wir sind damit nicht nur auf sehr gutem Wege, das Ziel von 12,5 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Auch das ambitionierte Ziel von 20 % für das Jahr 2020 ist mit diesem Förderinstrument zu verwirklichen.
- >> Durch das EEG und weitere Förderinstrumente hat Deutschland eine internationale Spitzenstellung bei den Technologien der regenerativen Stromerzeugung errungen. Wir sind Marktführer bei der Herstellung von Photovoltaik- und Windanlagen und streben mit neuen Impulsen bei der Biomasse auch in diesem Bereich die Weltmarktführung an.
- >> Wir haben die erneuerbaren Energien aus einer Nische in die Breitenanwendung geführt und damit ganz im Sinne des Konzeptes »Arbeit und Umwelt« einen milliarden schweren Investitionsmarkt mit mehr als 120.000 zukunfts-trächtigen Arbeitsplätzen geschaffen.
- >> Das neue Energieforschungsprogramm steht unter dem Motto: »Vorfahrt für Effizienz und erneuerbare Energien«. Es reflektiert damit die beiden wichtigsten Handlungsfelder für eine zukunftsfähige Energieversorgung: die Steigerung der Energieeffizienz und die Verbesserung der Leistungs- sowie Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien.

- >> Eine der Schlüsseltechnologien zur Verbesserung der Energieeffizienz – und nicht zuletzt auch zum Klimaschutz – ist und bleibt die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Mit den beiden Gesetzen zum Schutz, zur Modernisierung und zum Ausbau der KWK hat die SPD-Bundestagsfraktion wichtige Impulse zur Stärkung dieser Energieerzeugung im deutschen Wettbewerbsmarkt gegeben und die Grundlagen für weitere Investitionen deutlich verbessert.

## Atomkraft ist nicht zukunftsfähig

- >> Mit dem Atomkonsens und der Atomgesetz-Novelle hat die SPD geführte Bundesregierung einen Schlusstrich unter ein teures Kapitel deutscher Energiepolitik gesetzt. Ein energiewirtschaftlicher Irrweg wurde im breiten Konsens mit allen wesentlichen Akteuren beendet.
- >> Wir stehen zum Atomkonsens. Er ist einer der wichtigsten Eckpfeiler unserer Energiepolitik und eine klare, im Atomgesetz rechtlich bindend fixierte Rahmenbedingung für die künftige Stromproduktion in Deutschland. Zwei Reaktoren sind vom Netz, der Zeitplan für die weiteren Stilllegungen ist bekannt.
- >> Die SPD-Bundestagsfraktion steht zur nationalen Verantwortung für die Lagerung der radioaktiven Abfälle. In einem weltweit einmaligen und beispielhaften Verfahren werden die technologischen und wissenschaftlichen Grundlagen für die Endlagerung neu aufgearbeitet.



## **Impressum**

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Platz der Republik 1

10557 Berlin

Bezugsadresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

10557 Berlin

oder unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Gesamtherstellung:

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn

[pb.cicero@t-online.de](mailto:pb.cicero@t-online.de)

Juli 2005

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.





[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)